



Helmut Welge

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

Außenpolitik mit Augenmaß und Leidenschaft



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Vorwort

Nach dem Rheinländer Konrad Adenauer und dem Franken Ludwig Erhard wurde der Schwabe Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Wie seine beiden Amtsvorgänger, so entstammte auch er einer kleinbürgerlichen Familie. Kiesinger, Jahrgang 1904, verbrachte die ersten Lebensjahre in seiner Geburtsstadt Ebingen, dem heutigen Albstadt (Baden-Württemberg). Nach Erlangung der Mittleren Reife entschloss er sich, das Lehrerseminar in Rottweil zu besuchen, welches er im Jahre 1925 erfolgreich abschloss. Eine Ergänzungsprüfung berechtigte ihn sodann zum Philosophie-Studium an der Universität Tübingen.

Auf Dauer vermochte ihn die Stadt am Neckar nicht zu halten. Sein Ziel war die große Metropole Berlin, um das Jura-Studium an der renommierten Friedrich-Wilhelms-Universität aufzunehmen.

Sowohl das Referendar – als auch das Assessor – Examen bestand er jeweils mit der Note „sehr gut“. Die Übernahme in den Staatsdienst strebte er dennoch nicht an. Er bevorzugte die freiberufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt und juristischer Repetitor in Berlin. Nach dem nationalsozialistischen Machtwechsel am 30. Januar 1933 trat er schon im folgenden Monat freiwillig in die NSDAP ein – ohne sich politisch zu engagieren.

Sein Lebensalltag änderte sich nach Ausbruch des II. Weltkrieges schlagartig, als er Anfang April 1940 die Einberufung zur Musterung für den Kriegsdienst und kurz darauf den Gestellungsbefehl zum Dienst in der Wehrmacht erhielt – den er jedoch nicht antreten musste. Von einer gemeinsamen Bekannten war der stellvertretende Leiter einer dem Auswärtigen Amt angegliederten Dienststelle auf Kiesinger aufmerksam geworden. Dieser bot ihm eine Stelle in seiner Abteilung an, welcher die Aufgabe oblag, die Auslandsrundfunksendungen der dem Reichspropagandaministerium unterstellten Reichsrundfunkgesellschaft zu beobachten und im Sinne des Auswärtigen Amtes zu beeinflussen. Kiesinger entschied sich für das Auswärtige Amt – und nicht für den Kriegsdienst in der Wehrmacht. „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ lautete seine Dienstbezeichnung. Zusammen mit drei anderen „Zensoren“ gehörte es zu seinen Hauptaufgaben, in der Reichsrundfunkgesellschaft die Manuskripte ausländischer Deutschland-Korrespondenten an ihre Heimatstaaten durchzusehen und für das Auswärtige Amt zu begutachten. Ab September 1943 folgte er dem stellvertretenden Leiter der Rundfunk-Politischen Abteilung auf dessen Posten, als dieser sich zur Front gemeldet hatte. Das Kriegsende erlebte Kiesinger in Landshut/Bayern, wohin seine Dienststelle Anfang 1945 „ausgelagert“ worden war.

Die Amerikaner verhafteten ihn im April 1945 in Benediktbeuren (nahe Bad Tölz, Bayern) und internierten ihn bis September 1946. Im daran anschließenden „Entnazifizierungsverfahren“ wurde er im August 1948 zunächst als „Mitläufer“ des Nazi-Regimes, auf seine Revision hin als „Unbelasteter“ eingestuft. Dadurch war es ihm wieder möglich, juristische Kurse abzuhalten; später auch politisch tätig zu werden.

Hierbei halfen ihm persönliche Verbindungen zu seinem Bundesbruder der Tübinger Burschenschaft Alamannia, Gebhard Müller, seit 1947 Landesvorsitzender der neu gegründeten südwestdeutschen CDU. Dieser bot ihm das Amt des Landesgeschäftsführers an. Kiesinger, der zuvor Mitglied der CDU geworden war, willigte ein und trat im Herbst 1948 die Stelle an. Schon kurze Zeit später bat man ihn, für die anstehende erste Bundestagswahl im Jahre 1949 zu kandidieren. Auf Anhieb gewann er den Wahlkreis Ravensburg mit 75,2 % der Stimmen und zog für die CDU als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. Recht schnell wurde Kiesinger einer der außenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Vorsitzender des Vermittlungsausschusses und ab 1954 zudem Vorsitzender des außerordentlich wichtigen Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag. In seiner Partei gehörte er dem geschäftsführenden Vorstand an, und in der Beratenden Versammlung des Europarats bekleidete er als Berichterstatter, Vizepräsident und Vorsitzender der christlich-demokratischen Gesamtfraktion wichtige Funktionen.

Ende 1958 schien sein bundespolitisches Engagement beendet. Im Dezember hatte er sich für die Landespolitik entschieden – er nahm die Wahl des baden-württembergischen Landtages zum Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes an. Nahezu acht Jahre war er ein erfolgreicher „Landesvater“. Es wären sicherlich noch weitere hinzugekommen, wenn nicht die CDU nach dem plötzlichen Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard im November 1966 in Kurt Georg Kiesinger den geeigneten Nachfolger gesehen hätte.

Inhaltsverzeichnis

Einführung	11
I. Kapitel	
Das Regierungsprogramm	19
II. Kapitel	
Neuordnung der Beziehungen	23
1. Standortbestimmung	23
2. Wiederannäherungen an Frankreich	25
3. Erstes Regierungstreffen Kiesinger/de Gaulle	28
4. Deutsch-Amerikanische Sondierungen	33
4.1 Vorgeschichte	33
4.2 Amerikanisches Misstrauen – Deutsche Beschwichtigungen	35
III. Kapitel	
Die Neue Deutsche Ostpolitik	43
1. Bestandsaufnahme	43
2. Kiesinger – Bremser oder Förderer?	48
3. Hoffnungsträger Rumänien	51
4. Die Tschechoslowakei – ein schwierige Nachbar	55
4.1 Entwicklung ab 1945	55
4.2 Verbesserung von Nichtbeziehungen?	56
4.3 Deutsche Euphorie	62
4.4 Wandel durch Handel	65
5. Polen, Ungarn, Bulgarien – die Unentschlossenen	67
5.1 Polnische Signale	67
5.2 Ungarn im Wartestand	70
5.3 Bulgarien – der ängstliche Vasall	73
6. Sonderfall Jugoslawen	77
7. Deutsch-Deutsche Annäherungsversuche	82
8. UdSSR auf Konfrontationskurs	92
Bilanz der neuen Ostpolitik	100

IV. Kapitel

Die Bundesrepublik und der Westen 103

- 1. Missstimmungen und Missvergnügen im deutsch-amerikanischen Verhältnis 103
 - 1.1 Truppenabzug und Devisenausgleich – amerikanisch/britische Pressionen 105
- 2. Non-Proliferations-Vertrag – zwischen Skepsis und Zustimmung 109
- 3. Kiesinger und Johnson – Beginn einer Freundschaft 116
- 4. Ende des „Prager Frühlings“, Machtdemonstration der DDR – Lackmустest des Westens 120
- 5. Richard Nixon – Amerikas neuer Präsident 122
- 6. Neuausrichtung amerikanischer Weltpolitik 126
- 7. Großbritannien und die Bundesrepublik 131
 - 7.1 Das Ringen um die britische EWG-Mitgliedschaft 131
 - 7.2 Das Vereinigte Königreich – Verteidiger deutscher Interessen 140

V. Kapitel

Europäische Gemeinschaft 147

- 1. Standortbestimmung 147
- 2. Ideen zur Integration 147
- 3. Fusion der drei Gemeinschaften – ein neuer Kommissionspräsident 149
- 4. Überwindung des Stillstandes 150
- 5. Deutsche Impulse – Amerikas Querschüsse 156
- 6. Staatspräsident Pompidou – der unbekannte Franzose 159

VI. Kapitel

Krisengebiete Naher Osten/Nordafrika/Arabische Halbinsel 163

- 1. Bundesrepublik und Israel 163
 - 1.1 Abschluss der Reparationsphase 163
 - 1.2 Normalität unter erschwerten Bedingungen 166
- 2. Fortschritte und Status quo im arabischen Raum 173
 - 2.1 Abbruch der deutsch/arabischen Beziehungen 173
 - 2.2 Gesprächspartner Arabische Liga 175
 - 2.3 Ägyptisch/Syrisches Störfеuer 179

2.4	Vorreiter Jordanien	181
2.5	Irrlichter der Sudan	183
2.6	Stimmungswandel des Libanon	187
2.7	Irak im Revolutionsfieber	189
2.8	Westschwenk des Jemen	191
2.9	Hoffnungsschimmer Saudi-Arabien	194
2.10	Syriens sozialistische Kehrtwende	196
3.	Die Ägyptische Sphinx	200
3.1	Vorgeschichte	200
3.2	Bruch mit der Bundesrepublik	201
3.3	Trügerische Signale	203
3.4	Ahnungslose Bundesregierung	205
4.	Algerien – Land im Aufbruch	207
4.1	„Islamischer“ Sozialismus	207
4.2	Algerische Sirenenklänge	207
4.3	Anerkennung der Realitäten	209
4.4	„Schlüsselland“ am Mittelmeer	212

VII. Kapitel

Südostasien zwischen Ost und West	215
1. Indien – Der „Blockfreie“ Subkontinent	215
1.1 Stand der Beziehungen	215
1.2 Kiesinger in Neu Delhi	216
1.3 Brüche und Kontinuitäten	218
2. Pakistan und der Westen	220
2.1 Fragile Unabhängigkeit	220
2.2 Besuchsdiplomatie	222
2.3 Pakistanische Versuchungen	224
3. Birma – Staat zwischen den Blöcken	227
3.1 Staatsziel Freiheit	227
3.2 Bundeskanzler Kiesinger – der wissbegierige Staatsgast	227
4. Ceylon – Zwischen Sozialismus und Kapitalismus	231
4.1 Staatswerdung und Deutschlandpolitik	231
4.2 Deutsch – Ceylonische Zusammenarbeit	232

VIII. Kapitel

Japan – die asiatische Macht	235
1. Modernes Japan	235
2. Deutsch-japanische Konsultationen	236
3. Staatsbesuch des Bundeskanzlers.....	238
Zusammenfassung	245
Literaturverzeichnis	249
Quellen	249
Literatur.....	250
Bildnachweis	253

Einführung

Kurt Georg Kiesinger war der dritte Bundeskanzler, den die Christlich Demokratische Union (CDU) in ununterbrochener Reihenfolge seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland stellte – und der erste Kanzler, der von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gewählt wurde. Seine Wahl zum Regierungschef am 1. Dezember 1966 entsprang nicht einem langfristig geplanten Wechsel an der Spitze der Bundesregierung, sondern dem Willen der CDU, die „lange schwelende Krise“¹ der Christdemokraten seit der Bundestagswahl 1961 mit einem neuen, in der Bonner Politik „unverbrauchten“ Mann an der Spitze zu beenden.

Sichtbares Zeichen des Niederganges der Regierungspartei waren nicht etwa Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 1965, bei der die Schwesterparteien CDU/CSU deutschlandweit beachtliche 47,5 % der Wählerstimmen erringen konnten, sondern die zunehmend unbewältigten, vor allem verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Probleme im Inneren sowie in der stagnierenden Außen- und Deutschlandpolitik. Ihren Kulminationspunkt erreichte die krisenhafte Entwicklung mit dem Rücktritt der FDP-Minister im Kabinett von Bundeskanzler Ludwig Erhard Ende Oktober 1966 – vordergründig, weil sie mit der CDU/CSU keine Einigung über den Haushaltsausgleich des Jahres 1967 erzielen konnten. Der tiefere Grund lag in der Erkenntnis, dass sich die FDP nach 13 Regierungsjahren ab 1949 (mit Unterbrechung von 1957 bis 1961) an der Seite der CDU/CSU im Abwärtstrend befand – und sich die Koalitionspartner nicht mehr ausstehen konnten. Der Stimmenanteil von nur 9,7 % bei der Bundestagswahl 1965 erschien zudem als Warnzeichen, das die Führung der FDP in Unruhe versetzte. Auch divergierende, unüberbrückbare Vorstellungen der Koalitionspartner über neue Wege in der Außen- und Deutschlandpolitik verstärkten die Bereitschaft zum Koalitionsbruch – obwohl erst ein Jahr zuvor nach Erhards glänzendem Wahlsieg das Regierungsbündnis mit der CDU/CSU erneut besiegelt worden war.

Der FDP allein die Regierungskrise anzulasten, entspräche nicht dem tatsächlichen Geschehensablauf. Gerade, und vor allem, trugen maßgebliche Politiker der Christlich Demokratischen Union ihren Teil zum Scheitern des Kabinetts Erhard bei. Den „Gaulisten“ unter ihnen missfiel seit langem Erhards außenpolitisch enge Anlehnung an die USA unter Präsident Johnson, der nach ihrer Meinung eine Vernachlässigung der von Konrad Adenauer aufgebauten deutsch-französischen Freundschaft einherging. Innenpolitisch lastete man dem Bundeskanzler die schwächelnde Konjunktur, verbunden mit

1 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1967, Das Kabinett Kiesinger, Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966.

Einführung

einem Wirtschaftsabschwung, dadurch bedingte rückläufige Steuereinnahmen und einen bisher nicht gekannten Anstieg der Arbeitslosigkeit an.

Manche, wie Adenauer, der nach seinem Rücktritt 1963 (vergeblich) Erhard zu verhindern suchte, so hatte auch dessen Intimus, Bundesminister Heinrich Krone, schon vor der Wahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler nicht an dessen Fähigkeiten geglaubt. Seinem Tagebuch vertraute er an, „er ist nicht der Kanzler, den wir brauchen“.

Es war deshalb vorauszusehen, dass Krone 1966 zu den Vorkämpfern einer Großen Koalition, ohne Bundeskanzler Erhard, aus CDU/CSU und SPD gehörte.² Aber auch andere CDU – Granden machten im Herbst 1966 Front gegen ihn. Allen voran sprach sich Altbundeskanzler Konrad Adenauer am 11. September 1966 in der „Bild-Post“ dafür aus, die CDU zu reformieren und den Kanzler zu wechseln. Wenig später, am 16. September, legte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Theodor Blank im CDU-Präsidium nach, als die problematische Innen- und Außenpolitische Situation der Bundesrepublik diskutiert wurde: „das Problem heißt Ludwig Erhard“³.

Dieser zeigte sich vorerst unbeeindruckt. Aber seine innerparteilichen Gegner ließen nicht locker. Nach der parlamentarischen Sommerpause 1966 forcierten sie ihre Bemühungen zum Kanzlerwechsel, angetrieben durch das Debakel der CDU bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1966 in Nordrhein-Westfalen, bei der sie als Regierungspartei von fast 47 % auf 42,7 % deutlich zurückfiel und von der oppositionellen SPD mit mehr als 49 % der Wählerstimmen deutlich übertroffen wurde. Nach diesem Schock verstärkten insbesondere die Befürworter einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD ihre Pläne, den in Passivität verharrenden Bundeskanzler Erhard möglichst rasch abzulösen.⁴

Zu diesen gehörte auch das einflussreiche Mitglied der Bundesregierung, Bundesinnenminister Lücke, welcher in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, als diese die „ganz, ganz ernste Lage für die Union“ diskutierte, indirekt für die Ablösung des Bundeskanzlers plädierte.⁵ Er wusste sich hierbei einig mit dem der CDU angehörenden Bundespräsident Heinrich Lübke, den CSU-Spitzenpolitikern Franz Josef Strauß und

2 Rudolf Morsey, Die Große Koalition – Vorgeschichte und Nachwirkungen – in: Günter Buchstab/Philipp Grassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988, Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg, 2005, S. 394.

3 Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966, Düsseldorf 1992, S. 346.

4 Rudolf Morsey, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Festschrift für Gerhard Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 468.

5 Horst Osterheld, ebd. S, 347.



Abb. 1: V. li. n. re.: Bundeskanzler Kiesinger, CDU-Vorsitzender Ludwig Erhard, Franz-Josef Duffhues, CDU-Vorsitzender von Nordrhein-Westfalen.

dem Freiherrn von und zu Guttenberg, sowie – den demokratischen Machtwechsel anstrebend – dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner. Dieser führte infolge einer schweren Erkrankung von Fritz Erler auch die Bundestagsfraktion der SPD.

Seit dem Godesberger SPD-Parteiprogramm von 1959, in dem Marktwirtschaft und Westbindung der Bundesrepublik akzeptiert wurden, arbeitete Wehner kontinuierlich auf eine Regierungsbeteiligung hin, um seine Partei aus ihrer langjährigen Oppositionsrolle heraus zu führen. Nachdem es ihm nicht gelungen war, im Gefolge der „Spiegel-Affäre“ Anfang Dezember 1962, im Wesentlichen unterstützt vom damaligen CDU-Bundeswohnungsbauminister Lücke und zu Guttenberg, eine Große Koalition zu bilden, glaubte er im Herbst 1966, dass nun die Zeit für einen grundlegenden Macht- und Politikwechsel in der Bundesrepublik reif sei. Selbstbewusst erklärte er am 2. November 1966 bei der Erläuterung des Acht Punkte Programms⁶ seiner Partei für

6 Heribert Knorr, *Der politische Entscheidungsprozess während der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 1994, S. 278.